

# Alleinerziehend, nicht deutsch, Leben von Hartz IV

Die Frauenhäuser in Deutschland platzen aus allen Nähten – Oft müssen Betroffene mit ihren Kindern dort Monate leben – Ein Grund ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt

VON ANNE-SUSANN VON EHR

**Die Gewalt in Partnerschaften ist kein Randthema. Für 2016 weist die polizeiliche Kriminalstatistik 133.000 erwachsene Opfer von häuslicher Gewalt aus. Knapp 82 Prozent der Opfer waren Frauen. Für einige Betroffene ist der Rückzug in ein Frauenhaus der letzte Ausweg. Doch diese platzen bundesweit aus allen Nähten, kämpfen immer noch mit unsicheren Finanzierungen.**

Gedemütigt, drangsaliert, bedroht, geschlagen, sexuell missbraucht – wenn die Situation gar nicht mehr auszuhalten ist, bleibt manchen Frauen nur der Weg ins Frauenhaus. Dort können sie für sich und gegebenenfalls für ihre Kinder versuchen, einen Neuanfang vorzubereiten. Rund 350 Frauenhäuser gibt es in Deutschland, davon 17 in Rheinland-Pfalz. Jährlich finden etwa 16.000 Betroffene dort Schutz vor gewalttätigen Partnern oder Familienangehörigen.

Doch das Angebot reicht nicht aus. Der Verband der Autonomen Frauenhäuser spricht von etwa 18.000 Schutzsuchenden, die jährlich abgewiesen werden müssen. Ingrid Homeier-Morell, Leiterin des Neustadter Frauenhauses, ist da vorsichtiger: „Ich weiß nicht, ob diese Zahl haltbar ist, denn Frauen in massiven Notlagen rufen bei der Suche nach Schutz nicht nur ein Frauenhaus an.“ Aber auch die Sozialpädagogin muss immer wieder Hilfesuchende abweisen. Denn das Neustadter Haus mit 15 Plätzen für Frauen und Kinder ist ständig überfüllt. Ein Grund ist die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. „Dauerte

es vor zehn Jahren noch drei bis sechs Monate, bis eine Bewohnerin in eine Wohnung umziehen konnte, müssen heute Frauen mindestens acht bis neun Monate in den beengten Verhältnissen ausharren“, sagt Homeier-Morell. Eine ganz schwierige Kombination bei der Wohnungssuche seien die Faktoren: alleinerziehend, nicht deutsch, Leben von Hartz IV.

Neben den fehlenden Wohnungsangeboten treibt Homeier-Morell um, dass bestimmte Frauen – selbst wenn ein Platz frei sei – durch das Raster fielen. Beispielsweise solche mit körperlichen Beeinträchtigungen. „Meines Wissens gibt es in ganz Rheinland-Pfalz kein barrierefreies Frauenhaus.“ Absagen muss sie in der Regel auch Schutzsuchenden aus einem anderen Bundesland und Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Schuld daran ist die komplizierte, von Bundesland zu Bundesland, von Kommune zu Kommune unterschiedliche Finanzierung der Frauenhäuser.

Die Tagessätze liegen zwischen 25 und 100 Euro pro Person und Tag.

Voraussetzung für eine Aufnahme – sofern eine Frau die Unterbringung nicht selbst zahlen kann – ist, dass die Betroffenen Anspruch auf Sozialleistungen wie Hartz IV haben. Dann zahlen das Jobcenter oder das Sozialamt die Tagessätze an das Frauenhaus. Wobei in der Regel unterschieden wird zwischen Kosten der Unterkunft (Miete, Nebenkosten) und Betreuungsleistung. Laut der Informationsstelle Autonome Frauenhäuser liegen die Ta-

## STICHWORT

### Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention stuft Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung und als geschlechtsspezifische Diskriminierung ein und soll Frauen besser schützen. Ziel ist ein europaweit einheitlicher Rahmen für Prävention, Opferschutz und Strafverfolgung. Die 81 Artikel definieren die politischen und rechtlichen Maßnahmen, die Staaten ergreifen müssen, um diese Ziele zu erreichen. Das Übereinkommen des Europarats wurde 2011 von mehr als 40 Staaten in Istanbul unterzeichnet worden – darunter Deutschland. Im Sommer hat Deutschland die Konvention ratifiziert, nachdem zuvor das Sexualstrafrecht reformiert wurde, das nun den Grundsatz „Nein heißt Nein“ umfasst. Das sei für die Ratifizierung des Abkommens nötig gewesen, sagte die damalige Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD). Die Gesetzesverschärfung ausgelöst hatten die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln. Jane

gessätze zwischen 25 und 100 Euro pro Person und Tag. In Neustadt beträgt der Tagessatz, den die Kommune erbringt, 20 Euro.

Die Finanzierung ist ein Dauerthema. Seit Jahren fordern die Frauenhäuser eine bundeseinheitliche Regelung. Seit Sommer schöpfen sie Hoffnung,



Die Dunkelziffer bei Gewalt in Partnerschaften ist hoch.

FOTO: DPA

dass es damit klappen könnte. Denn die Bundesregierung hat die Istanbul-Konvention ratifiziert, in deutsches Recht umgesetzt. Danach muss allen von Gewalt betroffenen Frauen der gleiche Zugang zu Schutzeinrichtungen und Beratungsangeboten garantiert werden – unabhängig davon, wo

eine Frau wohnt, ob sie körperlich beeinträchtigt ist oder welchen Aufenthaltsstatus sie hat. Dem Papier nach kann jede Misshandelte jetzt ihr Recht auf Schutz einklagen. „Das könnte etwas in Bewegung bringen“, hofft Homeier-Morell.

In Bewegung ist seit einiger Zeit die

„Mischung“ in den Schutzeinrichtungen. „Inzwischen haben wir in Neustadt 80 Prozent nicht-deutsche Frauen“, nennt Homeier-Morell eine Zahl. Man sei schon immer ein interkultureller Ort gewesen, doch der Anteil derjenigen, die sich auf Deutsch verständigen könnten, sinke seit Jahren. Das wirke sich auf das Konzept der Frauenhäuser aus: Danach sollen sich die Frauen gegenseitig helfen und zusammen Lösungen erarbeiten. „Eine Gruppenarbeit, bei der jede Frau eine andere Sprache spricht, ist total schwierig.“

Zunächst sieht Homeier-Morell in der großen Nachfrage von Migrantinnen eine positive Entwicklung. Immer mehr wüssten, welche Rechte sie als Frauen hätten und wo sie Hilfe finden könnten. Gleichzeitig bringe dies eine immens hohe Arbeitsbelastung mit sich. Es müssten Sprachbarrieren überwunden werden, um den Frauen aus ihrer bedrohlichen Lebenslage zu helfen. Nicht immer, so Homeier-Morell, fände sich in einer Notsituation je nach Herkunftsland eine Frau, die dolmetschen kann. „Ohnehin ist es schwierig, über eine dritte Person ein für viele heikles Gespräch zu führen“, sagt die Beraterin. Wenn möglich, bedient sie sich des Englischen, wenn nötig der Google-Übersetzung im Internet – „in Einfachsprache“.

Die Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik und die Anzahl der in Frauenhäuser Schutzsuchenden zeigen nicht das wahre Ausmaß von Gewalt in familiären Beziehungen. Experten gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Denn viele Frauen ertragen die Gewalt – aus Scham, Angst, Rücksicht auf Kinder oder aus finanziellen Erwägungen.